Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die neuen Forderungen der Beamten.

Die Eingabe der sämtlichen Spitzenorganisationen der Beamten an die Regierung enthält als Forderungen zur Besoldungsordnung zunächst das Verlangen der Verringerung der Abstände zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen, ferner noch Änderung der Höhe der Teuerungszuschlages unter stärkerer Anpassung des Einkommens an die Teuerung. Außerdem wird eine Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Diätare, der Beamten im Vorbereitungsdienst, der im Vertragsverhältnis stehenden Beamten sowie der Pensionäre gefordert. Für die Arbeiter und Angestellten sind entsprechende Forderungen erhoben worden. Die Neuregelung soll rückwirkend vom 1. Oktober 1921 gelten und die rasche Auszahlung der Mehrbeträge noch vor Weihnachten ermöglicht werden.

Was die Interalliierten Kommissionen Deutschland kosten.

Die Kosten der Interalliierten Kommissionen in Deutschland betragen allein für den Monat Oktober rund 24 Millionen Mark, wobei die Städte Königsberg i. Pr. und Bremen nicht mitgerechnet sind. Dazu kommen noch zahlreiche andere Kosten, Unterhaltung von Offizieren und Mannschaften, Kraftwagen, Personal, Unterkunft usw. Die Kosten für die Gehälter der Mitglieder der Kontrollkommission sind in der obigen Aufstellung nicht inbegriffen.

Frauen als Schöffen.

Der bayerische Landtag nahm einen Antrag an, in dem die bayerische Staatsregierung ersucht wird, im Reichsrat darauf hinzuwirken, daß Frauen als Schöffen und Geschworene in geeigneten Fällen zugelassen werden und zwar in erster Linie in solchen Fällen, in denen sich Frauen vor Gericht zu verantworten haben. Auch für die Jugendgerichte sollen Frauen als Schöffen und Geschworene zugelassen werden.

Frankreich.

× **Gegen die Beschäftigung deutscher Arbeiter.** In Peronne wurde eine Versammlung abgehalten, die die Vereinigung der ehemaligen Frontkämpfer einberufen hatte. 800 Personen waren anwesend, die sich einstimmig gegen die Beschäftigung deutscher Arbeiter aussprachen. Die Abstimmung in den elf Dörfern, die für den Wiederaufbau durch Deutschland bestimmt sind, ergab, daß sich 51 Prozent gegen die Deutschen ausgesprochen haben.

Großbritannien.

× **Finanzielle Hilfe Englands für Rußland?** Die Morningpost berichtet, Lloyd George beabsichtigt die Entsendung eines besonderen Beamten nach Rußland zur Untersuchung der finanziellen Lage des bestehenden Regiments in Rußland und der Frage, ob der Sowjetregierung von England finanzielle Unterstützung gewährt werden könne. Lord Beaverbrook soll dazu ausersehen sein, nach Rußland in dieser Angelegenheit zu gehen.

Amerika.

× **Der Vier-Mächte-Vertrag von Washington.** Der neue japanisch-englisch-amerikanisch-französische Vertrag umfaßt zwei Hauptteile. Zunächst verpflichten sich die Signatarmächte, mit allen Mitteln den Frieden im Stillen Ozean aufrechtzuerhalten und dann verstehen sie sich dazu, um dieses Ziel leichter zu erreichen, ihre Flottenbasen nicht zu befestigen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der französische Botschafter Charles Laurent hat Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt der erste Botschaftssekretär Comte de St. Quentin die Geschäfte der Botschaft.

Berlin. Die Demokratische Partei hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem der erste Sonntag in jedem Jahre als nationaler Trauertag dem Andenken der Weltkriegsopfer geweiht sein soll.

Straßburg. Die Blätter berichten aus Diedenhofen, daß der frühere Kommandeur des deutschen Infanterieregiments Nr. 153, Oberst Diederichs, vom französischen Kriegsgericht wegen verschiedener Handlungen, die ihm aus der Kriegszeit zur Last gelegt werden, zum Tode verurteilt worden ist.

London. Der Erste Lord der Admiralität soll beabsichtigen, demnächst in einer öffentlichen Sitzung der Konferenz zu verkünden, daß Großbritannien entschlossen sei, die U-Boote in Bann zu tun und sie als Seeräuberschiffe zu behandeln.

Budapest. Graf Bethlen hat ein neues Kabinett gebildet.

Melbourne. Im australischen Repräsentantenhaus ist eine Resolution eingebracht worden, in der die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Deutschland und Österreich vorgeschlagen wird.

Vertrieben.

Mit der Überhebung, die einen Grundzug des polnischen Wesens bildet, hat sich der polnische Staat auch über die Rechtsansprüche hinweggesetzt, die den deutschen Domänenpächtern in den ehemals preußischen Gebietsteilen von Posen und Westpreußen zur Seite stehen. Ursprünglich hat auch die polnische Domänenverwaltung diese Pachtrechte — die Domänen waren für 18 bis 24 Jahre verpachtet — durchaus anerkannt. Allmählich aber reihte sie Rechtsbruch an Rechtsbruch, und so liegen heute Hunderte von beruflich hervorragend tüchtigen Männern auf der Straße. Dieses Elend klingt wider in dem Aufruf, den jetzt der Reichs-Landbund erläßt:

„Einige hundert Domänenpächter sind durch Maßnahmen der polnischen Regierung gezwungen, ihren Wohnsitz und ihren bisherigen Beruf in den an Polen abgetretenen Teilen der Provinzen Westpreußen und Posen aufzugeben. Da die Betroffenen zu überstürzter Räumung gezwungen werden, befinden sich die deutschen Domänenpächter in Polen mit ihren Familien in großer Notlage. Der Reichs-Landbund richtet daher an alle diejenigen Kreise des deutschen Landvolks, die in der Lage sind, unseren für das Deutschtum leidenden Berufsgenossen und ihren Familien zu helfen, die Aufforderung, so schnell als möglich durch Bereitstellung von Unterkunft für die Vertriebenen zu sorgen, bis anderweitige Regelung getroffen werden kann. Alle Angebote sind zu richten an den Zentralverband deutscher Domänenpächter in Bromberg, Goethestraße, und gleichzeitig an den Reichs-Landbund, letzteres mit Rücksicht darauf, daß die Möglichkeit vorliegt, daß die an den Zentralverband gesandten Briefe ihr Ziel nicht erreichen. Schnelle Hilfe tut dringend not!"

Man kann nur wünschen, daß der Aufruf überall die verdiente Beachtung findet. So bewährte Kräfte wie die Domänenpächter dürfen nicht längere Zeit brach liegen. Der vorläufigen Unterkunft hat also nach Möglichkeit auch die dauernde berufliche Unterbringung zu folgen.

Vernünftige Verwendung der Wasserkräfte.

Gefahren einseitiger Eingriffe.

Auf der diesjährigen Tagung für Naturdenkmalspflege, die soeben in Berlin stattfand, hielt Regierungsrat Dr. Fricke vom Patentamt einen interessanten Vortrag über die moderne Wasserwirtschaft. Daß man in letzter Zeit, besonders um den Raubbau an unseren Kohlen zu mildern, die Ausnutzung der Wasserkräfte in großem Maßstabe betreibt, ist wohl schon allgemein bekannt. Aber das ist nur ein Teil der Zwecke, denen die Aufstauung der Gewässer zu dienen hat. Viele Talsperren im westlichen Norddeutschland haben vor allem den Zweck, den Mittellandkanal mit Wasser zu speisen. Auch die Landwirtschaft soll Nutzen davon haben. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß wir jetzt in einer Periode knapper Niederschläge leben. Wir wissen nicht, wie lange diese anhalten wird, auch nicht, ob sich diese Perioden nicht wiederholen, was ja wohl wahrscheinlich ist. Jedenfalls erscheint es angebracht, mit dem alten System der Wasserwirtschaft zu brechen. Bisher war das Bestreben immer darauf gerichtet, das Wasser, das die Schneeschmelze des Frühjahres und manchmal auch schlimme Eisgänge von den Gebirgen herunter brachten, möglichst bald wieder aus dem Lande hinauszuschaffen. Unsummen von Kraft und eine Menge mineralischer Bestandteile flossen so nutzlos ins Meer, und im Sommer folgte dann eine trockene Zeit, in der man eine Bewässerung gut hätte brauchen können. Das Streben muß sein, das Wasser in den großen Staubecken anzusammeln, um es dann nach Bedarf zur Kraftgewinnung und zur Füllung von Gräben zu verwenden, die der Landwirtschaft zugute kommen.

Daß das alles nicht ganz neu ist, dürfte einleuchten. Die vielen Mühlenteiche unseres Vaterlandes, die schon sehr alt sind, sind aus denselben Erwägungen entstanden. Die Bergleute im Harze haben für ihre Zwecke schon seit Jahrhunderten künstliche Stauweiher angelegt. Noch älter sind die Sperren, die die alten Ägypter angelegt haben, die allerdings schon im Altertum wieder verfallen waren. Man darf auch an das weitverzweigte Kanalsystem der Chinesen erinnern, bei denen zu den erwähnten Zwecken noch der des Verkehrs hinzukommt. Außer Deutschland sind es heute besonders die Schweiz und Norwegen, welche diese Ideen in die Tat umsetzen. Holland hat sogar ein eigenes Ministerium für die Wasserwirtschaft.

In dem einseitigen Bestreben, bloß Kraft zu gewinnen, etwa zum Betrieb von Fabriken, sind viele Fehler gemacht worden. Man hat ganze Bergflüsse eingefangen, um das Wasser in unterirdischen Gängen, Tunnels, Röhren auf die Turbinen zu leiten. Die Folge war, daß das malerische Flußbett austrocknete und Pflanzen- und Tierwelt zugrunde gingen. Unermeßliche Werte sind so vernichtet worden. Manches, was man da erfährt, mutet beinahe komisch an. So sollte in Süddeutschland eine Eisenbahn gebaut werden, um die Schönheiten eines bekannten Tales dem großen Touristenstrom zu erschließen. Die Bahn sollte natürlich modern elektrisch betrieben werden, und die elektrische Kraft sollte der Wasserlauf liefern. Wenn man nicht rechtzeitig noch gewarnt worden wäre, hätte diese Bestrebung, eine landschaftliche Schönheit ersten Ranges allgemein zugänglich zu machen, gerade dazu geführt, dieselbe landschaftliche Schönheit gänzlich zu zerstören. Man hätte eine Eisenbahn gebaut, um eine traurige Trümmerstätte zu durchfahren. Ähnliche Verwüstungen drohten im Bodetal im Harz, im Gebiet der oberen Saale, im Bobertal in Schlesien und anderwärts, und noch sind nicht alle derartigen Gefahren beseitigt. Die Heimatschutz-Verbände, die wir jetzt schon in ziemlicher Zahl haben, müssen da scharf aufpassen.

Industrie ist Industrie. Sentimentale Erwägungen liegen ihr fern. Aber sie darf auch nicht kurzsichtig sein, sonst raubt sie sich selbst die Kraft, mit der sie arbeiten will. Ein Raubbau an den Wasserkräften müßte die Folge haben, daß die Gebirge entwalden und die natürlichen Reservoirs der Gebirgsflüsse versagen. Was das besagen will, ergibt eine Berechnung, die von sachmännischer Seite aufgestellt ist. Das verhältnismäßig kleine Harzgebirge liefert so viel Wasser, daß es bei vernünftiger Wirtschaft ganz Preußen mit Wasser versorgen könnte. Das ist aber nur dadurch möglich, daß das Gebirge bewaldet ist, denn nur dadurch erfolgt eine natürliche Sammlung, Regulierung und Leitung der Gewässer. Zerstört man die Natur, so würden die Niederschläge der Steinwüste höchstens noch in verheerenden Katarakten talwärts stürzen, aber keine nutzbaren Flüsse mehr bilden. Auch dafür gibt es leider Beispiele genug, in den Alpen und anderen Hochgebirgen, selbst außerhalb Europas. Dann aber kostet es unsägliche Arbeit, um der beleidigten Natur wieder zu ihrem Rechte zu verhelfen und der Menschheit den Nutzen wieder zu verschaffen, den sie einst leichtfertig verschwendet hat.

Dr. K. M.

Welt- und Volkswirtschaft.

* **Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle.** Rehwild 14—18 M., Rotwild 10—15 M., Damwild 10—15 M., Wildschwein 10—16 M., Hasen (gestreift) 10—11 M. das Pfund, Kaninchen (wilde) 20—25 M. das Stück, Wildenten 20—25 M. das Stück, Krickenten 9—12 M. das Stück, Kaninchen (zahme, geschlachtet) 9—10 M., Hühner 13—18 M. d. Pfund, Tauben 8—10 M. das Stück, Gänse 12—22 M., Enten 11—20 M., Puten 12—18 M. das Pfund. Eier 3.80—4 M. das Stück.

* **Goldkauf durch die Reichsbank.** Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und die Post erfolgt in der Woche vom 5. bis 11. Dezember d. J. zum Preise von 720 Mark für ein 20-Markstück, 360 Mark für ein 10-Markstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

* **Zunahme der Einfuhr im Oktober.** Nach den vorläufigen Feststellungen des Statistischen Reichsamts über die Ergebnisse des deutschen Außenhandels im Oktober 1921 hat im Spezialhandel betragen: die Einfuhr 30,0 Millionen Doppelzentner im Werte von 13,9 Milliarden Mark gegen 25,3 Millionen Doppelzentner im Werte von 10,7 Millionen Mark im September, die Ausfuhr 19,7 Millionen Doppelzentner im Werte von 9,7 Milliarden Mark gegen 18,7 Millionen Doppelzentner im Werte von 7,5 Milliarden Mark im September. Der Einfuhrüberschuß zeigt sonach im Oktober eine weitere Zunahme auf 4,2 Milliarden Mark gegen 3,2 Milliarden Mark im September. Dem Werte nach entfällt der weitaus größte Teil der Gesamteinfuhr auf Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft und andere tierische und pflanzliche Naturerzeugnisse, sowie auf Nahrungs- und Genußmittel, nämlich 9,8 Milliarden Mark im Oktober gegen 7,1 Milliarden im September.

* **22 Prozent Teuerungssteigerung gegen Oktober.** Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts ist die Reichsindexziffer (Vergleichsziffer mit den Vorkriegskosten, die mit 100 angenommen werden) für die Lebenshaltungskosten, durch die die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung erfaßt werden, von 1146 im Oktober auf 1397 im Monat November, also um rund 22 v. H. gestiegen. Gegenüber Januar d. J. beträgt die Steigerung 48 v. H., gegenüber dem Monat November des Vorjahres 58,4 v. H. Die Lebensmittel allein sind vom Oktober bis November um 26 Prozent gestiegen.

Das Drama von Kleppelsdorf.

(Erster Verhandlungstag.)

§ **Hirschberg, 5. Dezember.**

Unter ungeheurem Andrang des Publikums, das von weither herbeigeströmt ist, begann heute die Verhandlung gegen den angeblichen Architekten Peter Grupen, der beschuldigt ist, im Februar d. J. seine 16jährige Nichte Dörthe Rohrbeck, die Schloßherrin von Kleppelsdorf, und deren Stiefbase Ursula Schade ermordet zu haben, um, wie die Anklage annimmt, das Millionenvermögen der jungen Gutsbesitzerin in seine Hand zu bringen. Die Mordtat hat, wie man sich erinnern dürfte, seinerzeit das größte Aufsehen erregt, und die Aufregung der ganzen Bevölkerung der Hirschberger Gegend wuchs noch, je näher der Tag des Prozeßbeginns herantrückte. Da die Frage, ob der Angeklagte bei der Begehung des Verbrechens sich hypnotischer Mittel bedient hat, vorausgesetzt, daß ihm der Mord überhaupt nachgewiesen werden kann — von großer Bedeutung ist, sind mehrere hervorragende Irren- und Seelenärzte als Sachverständige geladen worden, unter ihnen Dr. Moll aus Berlin und Dr. Lesser aus Breslau.

Dörthe Rohrbeck,

das eine der beiden Opfer der Bluttat, war die Tochter eines Millionenbauern aus Berlin-Tempelhof. Sie hatte das Gut Kleppelsdorf, dessen Wert fast 2 Millionen Goldmark betrug, von ihren während des Krieges verstorbenen Eltern geerbt, und soll außerdem noch ein Barvermögen von fast 1½ Millionen Mark besessen haben. Trotz dieses achtbaren Vermögens soll sie beinahe ärmlich gelebt haben, da sie von ihrem Vormund und von ihrer Großmutter, einer Frau Eckart, sehr knapp gehalten wurde. Es soll mehr als einmal vorgekommen sein, daß sie kein Geld besaß, um sich notwendigste Lebensmittel zu kaufen, und daß sie dann bei freundlichen Nachbarn „pumpen" mußte.

Der Angeklagte Grupen

ist ein großer blonder Mann, der sich aber sorgfältig kleidete und auch jetzt vor dem Richter den Eindruck eines flotten, energischen, selbstsicheren Menschen macht. Er ist erst 27 Jahre alt, hat im Kriege den linken Arm verloren und erklärt mit Stolz, daß er Besitzer des Eisernen Kreuzes sei. Die Anklage wirft ihm nicht nur den Doppelmord, sondern auch ein Sittlichkeitsverbrechen an der dreizehnjährigen Ursula Schade vor.

Die Zahl der Zeugen beläuft sich auf über hundert. Vorsitzender des Gerichtshofes ist der Breslauer Oberlandesgerichtsrat Krinke. Die Anklage vertritt der Oberstaatsanwalt Dr. Reisenrath. Die Verteidigung führen zwei der bekanntesten schlesischen Anwälte, Justizrat Dr. Mamroth aus Breslau und Justizrat Dr. Ablaß (Hirschberg). Wohl zum erstenmal in einem Schwurgerichtsverfahren wird diesmal das Lichtbild eine Rolle spielen. Die Lage der Leichen in dem noch immer versiegelten Mordzimmer auf Schloß Kleppelsdorf soll nämlich den Prozeßbeteiligten in einer kinematographischen Aufnahme gezeigt werden.

Einer der Sachverständigen, der Gasanstaltsdirektor Wrobel-Hirschberg, wurde übrigens bald nach Beginn der Verhandlung von der Verteidigung abgelehnt, da er nicht in der Lage sein soll, über hypnotische Fragen wissenschaftlich zu urteilen, sondern nur dilettantisch. Außerdem sei er befangen, denn er habe ganz unter dem Einfluß der Staatsanwaltschaft gestanden.

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 6. Dezember.

Bevorstehende deutsch-russische Bankbeziehungen.

Berlin. In hiesigen sowjetrussischen Kreisen wird die Ankunft von Vertretern der Petersburger Staatsbank erwartet, deren Aufgabe darin bestehen soll, mit deutschen Banken in Fühlung zu treten.

Überschüsse bei der Ausfuhrkontrolle.

D. A. **Berlin.** Wie von unterrichteter Stelle verlautet, haben u. a. der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten und der Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken aus den bei der Ausfuhrkontrolle eingegangenen Preisprüfungsgebühren enorme Überschüsse erzielt. Diese Beträge stammen zum erheblichen Teil aus den Kreisen des Exporthandels und sind, wie verlautet, von den genannten Vereinen in großem Umfange zu privaten Verbandzwecken verwandt worden. Es ist daher aus den Kreisen des Handels beim Reichswirtschaftsministerium der dringende Antrag eingegangen, eine genaue Nachprüfung dieser Beträge und ihrer Verwendung vorzunehmen zu dem Zweck einer Rückvergütung.

Schnellere Rückzahlung überschießender Steuerbeträge.

Berlin. Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages nahm einen Antrag auf Beschleunigung der Rückzahlung der von den Lohn- und Gehaltsempfängern zuviel gezahlten direkten Steuern an.

Das teure Wiesbaden.

Wiesbaden. Die Stadt hat eine Erhöhung der Kurtaxe um 100 Proz. und eine gleiche Erhöhung der Tarife für den Eintritt ins Kurhaus beschlossen und ist bei der Rheinlandkommission um Erlaubnis von Valutazuschlägen für die Erhöhung eingekommen, weil die Kosten der Kurverwaltung nicht mehr von der Stadtkasse ausgeglichen werden können.

Rheinische Sonderbündler.

Bonn. In einer Separatistenversammlung, an der auch zahlreiche Franzosen teilnahmen, wurde beschlossen, zusammen mit den Bezirksleitungen und im Einvernehmen mit der Interalliierten Rheinlandskommission" die Bildung eines rheinischen Parlaments vorzubereiten. Ein anderer Beschluß war nach Washington gerichtet: Die Abrüstung könne in Europa erst verwirklicht werden, wenn die rheinische Republik Tatsache sei.

Subventionen für die amerikanische Handelsmarine.

Paris. Nach einer Meldung des „Newyork Herald" aus Washington wird Präsident Harding den Kongreß um die Bewilligung von Subventionen für die Handelsmarine ersuchen, damit die Hälfte aller nach Amerika reisenden Einwanderer auf amerikanischen Schiffen nach den Vereinigten Staaten befördert werden kann.

Was der Landru-Prozeß gekostet hat.

D. A. **Paris.** Der Landru-Prozeß hat den Blättern zufolge der französischen Justiz Kosten in Höhe von 27 000 Franken verursacht. Allein die Tagegelder für die Geschworenen betragen 9000 Franken. Landru ist zwar zu den Kosten des Verfahrens verurteilt worden, da er aber diese zu bezahlen selbstverständlich nicht in der Lage ist, werden sie der Staatskasse zur Last fallen.

Vom Simplontunnel.

Zürich. Am Simplontunnel wurde die Einfügung des Schlußsteines in den zweiten Stollen feierlich vorgenommen.

Keine Beteiligung der Sozialisten an der belgischen Regierung.

Brüssel. Die belgischen Sozialisten haben beschlossen, an der Bildung einer neuen Regierung sich vorläufig nicht zu beteiligen. Wenn der Augenblick für den Eintritt in die Regierung gekommen sein wird, soll ein neuer Kongreß abgehalten werden. Die neue Regierung wird jetzt von den Katholiken und Liberalen gebildet werden.

Korfanty als Delegierter?

Warschau. Die polnischen Nationaldemokraten haben bei der Regierung durchgesetzt, daß für die Kommissionen, die zur Verhandlung mit Deutschland bestimmt sind, ein Präsidium gebildet wird, dem auch Korfanty angehören soll.

Gründung einer litauischen Staatsbank.

U. A. **Kowno.** Litauischen Blättermeldungen zufolge führt Litauen mit einer englisch-amerikanischen Finanzgruppe aussichtsreiche Verhandlungen über die Gründung einer litauischen Staatsbank. Zwei Drittel des Grundkapitals soll die erwähnte Finanzgruppe und ein Drittel der litauische Staat und litauische Privatpersonen hergeben.